

**Protokoll zum Gehaltsabschluss zwischen der Gewerkschaft der Privatangestellten,
Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) und Österreichs E-Wirtschaft
vom 19. Jänner 2017**

I. Mindestgehälter

Die **Mindestgehälter** werden um 1,55 % gemäß der Beilage 1 erhöht.

II. Isterhöhung

Die Istgehälter werden um 1,55 % erhöht

III. Lehrlingsentschädigungen

Die Lehrlingsentschädigungen werden gemäß der Beilage 2 um 1,55 % erhöht.

IV. Zulagen und Aufwandsentschädigungen

1. Die Aufwandsentschädigungen werden um 0,9 % gemäß Beilage 3 erhöht.
2. Die Zulagen werden um 1,3 % gemäß Beilage 3 erhöht.
3. Die Kinderzulage beträgt 55,62 Euro.

V. Rahmenrecht

1. Die Gespräche betreffend „Evaluierung der Lohn- und Gehaltsfindung“ sowie „Tätigkeitsbeschreibungen in den jeweiligen Dienst- /Verwendungsgruppen“ vor dem Hintergrund der Sicherung des Geltungsbereiches werden fortgesetzt. Im Rahmen dieser Gespräche werden auch die Themen Arbeiten bei extremen Verhältnissen Hitze/Kälte und Recht auf Bildung behandelt.

2. Die Gespräche zu den Themen „Lebensphasengerechtes Arbeiten“ sowie „Schicht- und Schwerarbeit“, insbesondere 12-Stundenschicht, werden fortgesetzt.

3. Praktikanten

§ 20a Abs 2 lautet:

(2) Ferialpraktikanten sind Schüler, Maturanten oder Studierende, die ohne Vorliegen schul- oder studienrechtlicher Vorschriften während der Schul- oder Hochschulferien in einem Dienstverhältnis beschäftigt werden. Ferialpraktikanten gebührt bei erstmaliger Beschäftigung

ohne Berufserfahrung oder wenn vorher kein Pflichtpraktikum absolviert wurde, für längstens 1 Monat als monatlicher Bezug ein Betrag in Höhe der Lehrlingsentschädigung für das 2. Lehrjahr, in allen anderen Fällen ein Betrag in der Höhe der Lehrlingsentschädigung für das 3. Lehrjahr (§ 20 Abs. 1 lit. a bzw. lit. b).

§ 20 Abs. 1 lit. b gilt jeweils dann, wenn die Praktikantenbeschäftigung nach bestandener Reifeprüfung erfolgt.

4. Abfertigung auf den Todesfall

§ 10 Abs 6 lit b und c lauten:

b) Wenn lit.a nicht anwendbar ist, gebühren abweichend von § 23 Abs.6 Angestelltengesetz der Witwe oder dem Witwer, ungeachtet dessen, ob der Erblasser zu deren Erhaltung im Zeitpunkt des Todes verpflichtet war, 100 % der Abfertigung, auf welche der verstorbene Arbeitnehmer bei Ausscheiden im Zeitpunkt seines Todes Anspruch gehabt hätte.

c) Hinterlässt der Arbeitnehmer weder Erben, zu deren Erhaltung er im Zeitpunkt des Todes verpflichtet war, noch eine Witwe bzw. einen Witwer, gebühren abweichend von § 23 Abs.6 Angestelltengesetz der Lebensgefährtin oder dem Lebensgefährten im Sinne des ASVG 100 % der Abfertigung, auf welche der verstorbene Arbeitnehmer bei Ausscheiden im Zeitpunkt seines Todes Anspruch gehabt hätte.

VI. Zur Gehaltserhöhung

Die Gehaltserhöhung gemäß Pkt. II (Erhöhung der Ist-Gehälter) wirkt auch auf innerbetriebliche Entlohnungsschemata, die darüber hinausgehende Erhöhungen vorsehen. Die einzelnen Gehalt- /Lohnansätze solcher Schemata sind entsprechend anzuheben. Die kollektivvertraglich zustehenden Mindestgehälter dürfen nicht unterschritten werden. Die so errechneten Werte sind in den Folgejahren Ausgangspunkt der Erhöhung unter sinngemäßer Anwendung des im Schema vorgesehenen Valorisierungssystems.

VII. Geltungsbeginn:

1. Februar 2017